

Antrag 24/II/2025**FA VII - Wirtschaft, Arbeit, Technologie****Der Landesparteitag möge beschließen:****Sozial, klimafreundlich, wirtschaftlich - Berliner Daseinsvorsorge strategisch weiterentwickeln****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

1 Präambel:

2 Für die Bürger*innen und Unternehmen da sein ist ein

3 zentrales Anliegen sozialdemokratischer Stadtpolitik. Da-

4 zu gehören elementare Leistungen der Daseinsvorsorge,

5 wie zum Beispiel die Trinkwasserversorgung oder die En-

6 ergieversorgung.

7

8 Dass in diesem Feld seit mehreren Jahren bereits Bewe-

9 gung ist, zeigen unter anderem der erfolgreiche Volksent-

10 scheid 2011 zur Rekommunalisierung der Wasserbetriebe,

11 der 2013 knapp gescheiterte "Volksentscheid über die Re-

12 kommunalisierung der Berliner Energieversorgung", die

13 2014 gegründeten Berliner Stadtwerke als kommunaler

14 Elektrizitätsversorger, die Arbeit der Enquete-Kommission

15 "Neue Energie für Berlin – Zukunft der energiewirtschaft-

16 lichen Strukturen" des Abgeordnetenhauses in den Jah-

17 ren 2014 und 2015, sowie die Rekommunalisierung des

18 Stromnetzes im Jahr 2021 und des Fernwärmenetzes im

19 Jahr 2024. Daher begrüßen wir ausdrücklich, den Weg der

20 Rekommunalisierung weiter zu verfolgen, um faire und

21 stabile Preise für Grundgüter, Versorgungssicherheit, Be-

22 darforientierung und damit eine sozial gerechte Wende

23 zur Klimaneutralität zu gewährleisten.

24

25 Allerdings bedarf es nicht nur weiterer Rekommunalisie-

26 rungen, sondern vor allem auch einer Neustrukturierung

27 der bereits in öffentlicher Hand befindlichen Bereiche der

28 städtischen Versorgung. Wie der Beteiligungsbericht 2023

29 der Senatsverwaltung für Finanzen zeigt, sind die Landes-

30 beteiligungen im Bereich der Energie- und Wasserversor-

31 gung teilweise in Parallelstrukturen auf Unternehmen un-

32 terschiedlicher Rechtsformen mit entsprechenden Effizi-

33 enzverlusten verteilt: So sind etwa die Berliner Wasserbe-

34 triebe eine Anstalt des öffentlichen Rechts, die BEW Ber-

35 liner Energie und Wärme ist eine Aktiengesellschaft und

36 die Berliner Stadtwerke als Tochtergesellschaft der Berli-

37 ner Wasserbetriebe sind eine GmbH.

38

39 Die Zusammenführung von Bereichen der städtischen

40 Versorgung innerhalb einer gemeinsamen Struktur ist

41 nicht nur, aber insbesondere in Bezug auf die Transfor-

42 mation der Energie- und Wärmeversorgung von enormer

43 Wichtigkeit, denn die Herausforderungen in diesem Be-

44 reich, insbesondere die Erreichung der Klimaneutralität,

45 machen eine enge Zusammenarbeit aller Akteur*innen

46 notwendig und Reibungsverluste durch hinderliche Struk-

47 turen sind ein vermeidbares Hindernis.

48

49 Wir sind uns bewusst, dass eine solche Zusammenfüh-
50 rung eine große Aufgabe ist und für die kommunalen Un-
51 ternehmen und ihre Beschäftigten eine Herausforderung
52 darstellt, die nur mit ausreichender Aussicht auf einen
53 Mehrwert angegangen werden sollte.

54

55 Der Landesparteitag möge daher beschließen:

56

57 Die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion im Ab-
58 geordnetenhaus von Berlin und die sozialdemokratischen
59 Mitglieder des Berliner Senats werden aufgefordert, die
60 Gesamtstrategie der Daseinsvorsorge zu prüfen und sich
61 damit für die Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge
62 in Berlin einzusetzen. Dies umfasst konkret:

63

- 64 1. die Durchführung einer Machbarkeitsstudie, in der
65 Nutzen und Kosten der Zusammenführung aktuell
66 getrennter Bereiche der Daseinsvorsorge in eine ge-
67 meinsame Struktur herausgearbeitet werden, um
68 eine fundierte Entscheidung zu treffen.
- 69 2. falls der Nutzen die Kosten übersteigt, die konzepti-
70 onelle Entwicklung einer Unternehmensstruktur-
71 und Rechtsform für ein Berliner Stadtwerk, in dem
72 mindestens die Bereiche Energienetze (Strom, Fern-
73 wärme) und Energieerzeugung zusammengefasst
74 und dessen übergeordnete Ziele (Wärmewende, Kli-
75 maneutralität, Versorgungssicherheit, Bezahlbar-
76 keit der Güter) durch einen politisch besetzten Auf-
77 sichtsrat definiert und deren Umsetzung durch ihn
78 kontrolliert werden. Dabei sollen die Bestandsun-
79 ternehmen einheitlich nach Geschäftsfeldern struk-
80 turiert als Töchter in diese Struktur integriert und
81 dann geschäftsfeldbezogen gesteuert werden.
- 82 3. die Prüfung, welche weiteren bereits in öffentlicher
83 Hand befindlichen Bereiche der Daseinsvorsorge in
84 diese Struktur überführt werden können.
- 85 4. den Ausbau der Fernwärme und der Auf- und Aus-
86bau von Nahwärmennetzen inkl. kalter Nahwärmem-
87 netze sowie von Wärmespeichern in Berlin, um das
88 Solidarprinzip in der Wärmewende durchzusetzen.

89

90

91 **Begründung**

92 Im Wahlprogramm für die Wahlen zum Abgeordneten-
93 haus 2021 steht eindeutig das Ziel eines integrierten
94 Stadtwerkes. Dies wurde jedoch im Rahmen der Koali-
95 onsverhandlungen 2021 mit Grünen und Linken stark ab-
96 geschwächt und findet sich auch im aktuellen Koalitions-
97 vertrag mit der CDU nur in abgeschwächter Form wieder.
98 Dabei liegen die Vorteile starker öffentlicher Daseinsvor-
99 sorge unter einem gemeinsamen Dach auf der Hand:

100

101 1. Öffentliche Daseinsvorsorge durch ein kommunales

102 Unternehmen garantiert ein gerechtes, gesichertes,
103 hochwertiges Angebot für die Berliner Bürger*innen
104 und Unternehmen.
105 2. Gewinne kommunaler Berliner Unternehmen der
106 Daseinsvorsorge fließen nicht an private Investoren,
107 sondern bleiben in unserer Stadt.
108 3. Ein integriertes Stadtwerk ermöglicht eine bereichs-
109 übergreifende Steuerung von Betriebsabläufen und
110 gemeinsamen Dienstleistungen (Shared Services)
111 sowie die Ausschöpfung von Synergieeffekten bei
112 Planung, Bau und Wartung.
113 4. Politische und bürger*innenorientierte Ziele können
114 aktiv unterstützt werden, zum Beispiel bei der An-
115 passung an den Klimawandel oder der ganzheitli-
116 chen Planung neuer Stadtteile.
117 5. Verstärkte Identifikation der Bürger*innen mit ihrer
118 Stadt durch die Schaffung eines großen kommunal-
119 len Versorgers
120
121 Dass ein integriertes Stadtwerke nicht nur gut funktionie-
122 ren kann, sondern einen deutlichen Mehrwert gegenüber
123 der Zerstückelung und Privatisierung einzelner Bereiche
124 der Daseinsvorsorge bieten kann zeigen die Stadtwerke
125 Wien und die Stadtwerke München. Letztere sind seit über
126 hundert Jahren erfolgreich tätig wurden nie privatisiert
127 wurden und eine haben eine Struktur, in der mehrere Be-
128 reiche der Daseinsvorsorge unter einem Dach gebündelt
129 sind.